

Deutschland

Mehr Krankenhausbehandlungen infolge von Cannabiskonsum

30. Januar 2022, Quelle: ZEIT ONLINE, dpa

Eine Studie zeigt: Die Zahl der Krankenhausaufenthalte nach Cannabiskonsum ist deutlich gestiegen. Zwischen 2000 und 2018 hat sich der Wert fast versechsfacht.*

Die Zahl der Krankenhausbehandlungen infolge von Cannabiskonsum ist deutlich gestiegen. Das zeigen Behandlungsdaten des *Statistischen Bundesamts* für die Jahre 2000 bis 2018, die Forscher der Universitätsklinik Ulm ausgewertet haben. Die Studie wurde im *European Journal of Public Health* veröffentlicht. Sie zeigt, dass sich die Zahl der stationären Krankenhausbehandlungen von Menschen mit psychischen Störungen in Folge von Cannabiskonsum bis 2018 fast versechsfacht hat.

Gab es im Jahr 2000 noch rund 3400 solcher Klinikaufenthalte in Deutschland, waren es im Jahr 2018 etwa 19 100. Behandlungen aufgrund von Alkoholabhängigkeit oder Schizophrenie seien in diesem Zeitraum dagegen nicht gestiegen, hieß es.

Die Forscher erklären sich den Anstieg der Behandlungen mit der besseren Verfügbarkeit und dem zunehmenden Konsum von Cannabis in der Bevölkerung. Zudem sei der Gehalt des psychoaktiven Stoffes Tetrahydrocannabinol (THC) zum Teil sehr stark gestiegen.

Synthetisches Cannabis schädlicher

«Wir sehen auch einen zunehmenden Konsum von synthetischem Cannabis und solchen Präparaten, die einen erhöhten THC-Gehalt haben», sagte *Carlos Schönfeldt-Lecuona* von der Uniklinik Ulm. Synthetisches Cannabis wirkt den Forschern zufolge stärker und ist schädlicher als das natürliche.

Eine Legalisierung könne zu einer weiteren Zunahme des Konsums von Cannabis in Deutschland führen, erklärt der Arzt Maximilian Gahr. Und das führe zu mehr Menschen, die von cannabinoidassoziierten psychischen Störungen betroffen seien.

Aus ihrer Studie leiten die Autoren einen Bedarf an geeigneten Maßnahmen zur Verhinderung psychischer Störungen in Folge von Cannabiskonsum ab. Die Ampel-Koalition plant eine kontrollierte Abgabe von Cannabis in lizenzierten Geschäften. Dadurch würden die Qualität kontrolliert, die Weitergabe verunreinigter Substanzen verhindert und der Jugendschutz gewährleistet, heißt es im Koalitionsvertrag.

* Die Studie ist mit folgendem Link abrufbar:

<https://academic.oup.com/eurpub/advance-article/doi/10.1093/eurpub/ckab207/6511321>